

5.200 Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit, in: Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft 110, III/2005, S. 35-38; wieder abgedruckt in: Kulturpolitische Gesellschaft (Ed.): Publikum macht Kultur. Kulturpolitik zwischen Angebot- und Nachfrageorientierung. Dokumentation des Dritten Kulturpolitischen Bundeskongresses am 23./24. Juni 2004 in Berlin. Essen: Klartext 2006, S. 34-44; auch in: Fehervary, Helen; Fischer, Bernd (Eds): Kulturpolitik und Politik der Kultur /Cultural Politics and the Politics of Culture. Festschrift für Alexander Stephan /Essays to Honor Alexander Stephan. Oxford: Peter Lang 2007, S. 123-136

Jörn Rüsen:

Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit - Folgen für die Kulturpolitik¹

Kultur und Politik

Ich spreche zu Ihnen als Wissenschaftler, als jemand, der sich mit der Kultur in der Perspektive der ihr gewidmeten Wissenschaft und deren Rolle im gesellschaftlichen Leben beschäftigt. Bin ich damit ein Außenseiter?. Unbestreitbar ist die Wissenschaft ein Teil der Kultur, und Kultur und Wissenschaft gehören aufs Engste zusammen. Dennoch führen sie überwiegend ein getrenntes Leben. Freilich, wenn allgemeine Reflexionen über grundlegende Trends im Verhältnis von Kultur und Politik gefragt sind, dann ist die Wissenschaft im Spiel, und deshalb stehe ich hier.

In der Tat gibt es heutzutage erheblichen Anlass, grundsätzlich zu werden. Jeder Strukturwandel fordert zu Reflexionen prinzipieller Art heraus, und ich möchte mich dieser Herausforderung stellen.

Lassen Sie mich daher mit einer knappen Einleitung über das Verhältnis von Kultur und Politik beginnen. Was ist jeweils für diese Dimensionen der menschlichen Lebenspraxis maßgebend? Im Grundsatz ist es für die Kultur der Sinn, und für die Politik die Macht. Beides ist ohne das jeweilig Anderen nicht zu denken, und dennoch handelt es sich um zwei ganz unterschiedliche Prinzipien und Fundamentalregulative des menschlichen

¹ Es handelt sich um den Text des Vortrages, in den einige aus Zeitgründen weggelassene Passagen und Literaturhinweise aufgenommen wurden. Der Rededuktus wurde beibehalten. – Ich danke Norbert Sievers für kenntnisreiche Hinweise und Norbert Jegelka und Meike Vogel für kritische Lektüre.

Lebens. Sie sind allerdings ineinander verschränkt, ja miteinander verkettet, weil es letztlich kein politisches Handeln gibt, das nicht durch Sinnbestimmungen, durch Gesichtspunkte der Legitimität und der normativen Orientierung geprägt wäre, und weil es keine politikfreie Kultur gibt, keinen von den Dispositiven der Macht freien, keinen reinen und unschuldigen Sinn.

Kulturpolitik ist der Vorgang, mit der sich die Politik auf ihren inneren Zusammenhang mit der Kultur selber praktisch einlässt. Mit ihr wirkt sie an ihrer eigenen Legitimation. Sie bezieht sich auf metapolitische Bedingungen ihres eigenen Handelns. Der Staat richtet sich über die Kulturpolitik an seine Bürgerinnen und Bürger, um ihnen die kulturellen Orientierungen zu ermöglichen, die für ihren bürgerlichen Status unerlässlich sind.

Bürgerlichkeit ist eine Lebensform bezeichnen, die durch bestimmte kulturelle Fundamentalorientierungen geprägt ist. Wir kennen sie alle, diese Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Gemeinsinn. Diese drei Fundamentalorientierungen konvergieren im Prinzip der Menschenwürde. Letztlich geht es bei aller politisch relevanten Kultur darum, menschliches Leben durch eine Sinnbildung zu bestimmen, die die einzelnen Menschen und ihre sozialen Zusammenhänge mit einer ganz besonderen Subjektqualität der Beteiligten ausstattet, in Kants Worten: niemals nur Mittel für andere, sondern stets auch Zweck in sich selber zu sein.²

Was hat das alles mit Kulturpolitik zu tun? Das, was ich zuletzt emphatisch formuliert habe, ist der oberste Gesichtspunkt, nach dem sich alle Kulturpolitik im Bezug auf ihren Gegenstand, die Kultur, ausrichtet. Die Art aber, wie das geschieht und geschehen kann, ändert sich. Die heutige Situation ist dadurch bestimmt, daß sich die leitenden Paradigmen und Strukturen verändern. Zwar wird die inhaltliche Perspektive nicht aufgegeben, aber sie tritt zurück hinter Rahmenbedingungen und ökonomischen Faktoren, unter denen sie politisch verhandelt wird. Die Ökonomisierung schreitet unaufhaltsam voran, neue Medien verlangen ihr Recht, und die Adressaten verändern ihr Verhalten. Es geht immer stärker um Finanzierung und um Probleme der Organisation und der rechtlichen Verfassung. Hinzu kommt etwas sehr Bemerkenswertes: Seit geraumer Zeit ist ein Entstaatlichungsprozess der Kulturpolitik zu beobachten, mit dem sie sich von ihren eigenen politischen Traditionen ablöst und in das

unvermessene und unsichere Gelände nichtstaatlichen Handelns begibt, das einen Charakter des Politischen erheblich verändert.

Ich möchte diesen Wandel in einer übergreifenden historischen, gegenwartsanalytischen und zukunftsprospektivistischen Weise beschreiben.

Herausforderungen der Kultur

An den Anfang möchte ich die These stellen, dass Kultur grundsätzlich eine Antwort auf Orientierungsprobleme der menschlichen Lebenspraxis ist. Letztlich sind es solche Probleme, die den Bedarf nach Kultur, von dem gegenwärtig so vielstimmig die Rede ist, konstituieren. Leider wird die Bedarfsvokabel in der kulturpolitischen Diskussion der Gegenwart aber mit einer ganz anderen Bedeutung verwendet. Man meint damit die Bedürfnisse des Publikums, die je subjektiven Motivationen, die Menschen dazu bringen, ins Theater, in die Oper, ins Museum oder sonst wohin zu gehen, wo Kultur geschieht. Dass solchen subjektiven Impulsen immer auch objektive Herausforderungen zugrunde liegen, wird nicht recht in den Blick genommen. Aber genau das möchte ich jetzt tun, indem ich frage: Was sind die maßgeblichen Herausforderungen unseres Lebens, auf die heute neue kulturelle Orientierungsantworten gefunden werden müssen? Es gibt eine ganze Menge davon, und ich kann sie nicht alle ansprechen.

Zuerst möchte ich die *deutsche Misere* ansprechen. Sie beruht auf demographischen und makroökonomischen Veränderungen, die zum Umbau des ganzen Sozialstaats zwingen. Aber ihre Schärfe hat sie in der Kultur: In Deutschland mangelt es an einer gesellschaftlich tragenden Zukunftsvision und an einer ihr entsprechenden motivationsstarken kulturellen Orientierung praktischen Handelns.

Zur deutschen Misere kommt *das europäische Desaster*: Der europäische Einigungsprozess hat schon seit längerem seine Basis im Bewusstsein der betroffenen Bevölkerungen verloren. Jetzt wird die Krise offenbar: Die Kultur spielt nicht mehr mit. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger können das, was für Europa als ökonomisches, politisches und soziales Projekt steht, mit den für sie maßgeblichen kulturellen Orientierungen nicht mehr in Einklang bringen. Europa macht nicht mehr genug Sinn. Und deshalb das "nein" zum Verfassungsvertrag.

² Vgl. Rüsen, Jörn: Kultur macht Sinn. Orientierungsprobleme zwischen Gestern und Morgen. Köln: Böhlau 2006.

Die beschriebenen Problemlagen stehen in engstem Zusammenhang mit dem, was der *Globalisierungsprozess* an ungelösten Orientierungsproblemen mit sich bringt. Die durch ihn fast schicksalhaft vollzogenen Veränderungen finden bei den Betroffenen kein Verständnis. Sie können sie nicht nüchtern wahrnehmen und zugleich sinnhaft so deuten, dass sie sich in ihnen situieren könnten.

Ich nenne noch drei weitere objektive Herausforderungen, die durch kulturelle Innovationen beantwortet werden müssen. Die eine liegt im Wiedererstarken der Religionen und dem *Ausbleiben zivilreligiöser Antworten auf den Fundamentalismus*. Die normativen Regulierungen moderner Gesellschaften wie eben die Idee der Menschenwürde, die Prinzipien der Menschen- und Bürgerrechte und vieles andere mehr scheinen nicht hinreichend in den Tiefen der menschlichen Subjektivität verankert, in denen auch die Religion wurzelt.

Ferner bedarf es kultureller Innovationen, um die allenthalben deutlich werdenden *Defizite der Integration unterschiedlicher Kulturen* in ein gemeinsames ziviles Leben zu überwinden.

Ein weiterer Hinweis betrifft schließlich den demografischen Faktor des wachsenden Teils älterer Menschen. Schon dass in der Regel von einer ‚Überalterung‘ geredet wird, zeigt ein Defizit an Sinn. Wenn man selber zu denen gehört, die man mit dieser Vokabel bezeichnet, dann wird einem unwohl in der Haut. Das Alter selber bringt schon genug Orientierungsprobleme und entschiedene Fragen nach dem Sinn des Lebens hervor und bedarf als Stimulus kultureller Orientierung eigentlich nicht dieses Ausdrucks einer sozialen Anormalität.

Die erwähnten Irritationen und Herausforderungen stärken sich wechselseitig in ihrer Einwirkung auf die etablierten Inhalte und Formen der Kultur. Sie beschleunigen den Wandel. Auf ihn reagiert die kulturelle Öffentlichkeit, indem sie sich mit diesem Wandel auch selber verändert, und darauf hat die Kulturpolitik zu antworten.

Die Antwort der Kulturpolitik vollzieht sich allerdings unter Bedingungen, die eine neue Form des politischen Handelns erzwingen. Diese neuen Bedingungen lassen sich zusammenfassend als Prozess einer dramatischen Ökonomisierung und Privatisierung der Kultur kennzeichnen. Was bedeutet es, in sich entstaatlichenden Formen unter dem Druck von Ökonomisierungszwängen kulturpolitisch handeln zu müssen? Wenn man

sich die jüngsten Veröffentlichungen der Fachleute ansieht, dann herrscht ein Topos der Lageanalyse vor, den man zugespitzt als das Ende der traditionellen Kulturpolitik bezeichnen könnte.

Das mag übertrieben klingen, aber dieser Topos ist Signal für eine qualitative Veränderung, deren man nur ansichtig wird, wenn man sie in eine umfassende historische Perspektive rückt.

Kultur und Staat in Deutschland

Wenn wir einen historischen Ausgangspunkt suchen, von dem her wir uns in der gegenwärtigen Lage hinreichend historisch verständigen können, dann kann das nur das klassische Paradigma der Kulturpolitik sein, für das der Name Humboldt steht. Für ihn war Kulturpolitik ein staatliches und zugleich bürgerliches Handeln, in dem sich Bürgerkultur als Elitenkultur konstituierte. Diese Politik entstand in einer Ausnahmesituation, in der der Staat auf bürgerliches Handeln aus Gründen seines eigenen Überlebens angewiesen war.

Das hat beim deutschen Bürgertum die Illusion erzeugt, letztlich seien es die Bürger, die das eigentliche Subjekt, sozusagen die soziale Tiefenschicht staatlichen Handelns ausmache. Das war nicht der Fall, und auch heute ist es nur sehr bedingt der Fall. Aber in den ersten Jahrzehnten des 19.

Jahrhunderts entstand daraus eine kulturpolitische Vision, die Bürgerlichkeit als Signum moderner Staatlichkeit an politisches Handeln knüpfte. Es war ein Handeln, mit dem das Bürgertum letztlich seine eigene Rolle als Ferment von Bildung in der staatlich organisierten politischen Herrschaft bestimmte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat es eine massive Verschiebung von Bürgerlichkeit zur Staatlichkeit kulturpolitischen Handelns gegeben. Die Kulturpolitik hat sich seitdem immer mehr verstaatlicht, während sich das bürgerschaftliche Engagement immer weiter in die Domäne zurückzog, die Thomas Mann so treffend "die machtgeschützte Innerlichkeit" genannt hat. Daran hat sich lange Zeit nicht sehr viel verändert.

Eine entscheidende neue Phase kulturpolitischen Handelns ist erst in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts eingetreten, als im Horizont staatlich organisierten Handelns eine Wende eingetreten ist, die dem mentalen Aufbruch der Deutschen zu entschiedeneren und neuen Formen des demokratischen Lebens folgte. Kulturpolitik diente der Demokratisierung des Staates durch soziale Erweiterung und entsprechende Veränderung des Kulturangebots. Der traditionell elitäre Status der staatlich

geförderten Kultur sollte unterlaufen, und, wie es damals hieß: 'Kultur für alle' verfügbar und wirksam gemacht werden.

Über den Erfolg und die Auswirkungen dieser Wende im Verhältnis von Staat und Politik lässt sich streiten. Entscheidend ist, dass man aus heutiger Sicht die beflügelnden Impulse dieser neuen Kulturpolitik "utopisch" nennt und damit zugleich als unrealistisch und wirkungslos ansieht.

Demgegenüber wird ein neues, diesmal realistisches Denken kulturpolitischer Art gefordert und gepflegt. Die Kulturpolitik, so sagt man, müsse sich im Verhältnis von Staat und Politik ganz anders positionieren. Die Frage ist nur wie. Und dieses Wie ist eine wirklich offene Frage, und diese Offenheit charakterisiert die gegenwärtige Situation.

Um eine Antwort auf dieses Wie zu finden, müssen die Verhältnisse genauer in den Blick genommen werden, in denen sich kulturpolitisches Handeln einrichten und auf die es sich beziehen muss. Und damit bin ich nun bei meinem engeren Thema angekommen, dem Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit.

Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit

Die wichtigste Eigenschaft dieses Strukturwandels könnte man als Zerfall der kulturellen Öffentlichkeit bezeichnen, wenn man von der vor allem von Jürgen Habermas in seinem bekannten Buch über den Strukturwandel der Öffentlichkeit beeinflussten Vorstellung einer ursprünglich homogenen bürgerlichen Öffentlichkeit ausgeht, die sich als kritische Gegeninstanz zivilgesellschaftlichen Lebens gegen undemokratische Herrschaftsformen verstand. Zwar war die bürgerliche Öffentlichkeit nie so zentral und liberal wie Habermas sie beschrieben hat, aber verglichen mit heute war sie doch relativ homogen. In ihr artikulierten sich wirksam bürgerliche Partizipationsbestrebungen an politischer Herrschaft, - eine politische Kultur, die in die Grundlagen unseres Gemeinwesens eingegangen ist. Diese relative Homogenität hat sich langfristig, aber in jüngerer Zeit immer schneller, in verschiedene und ganz unterschiedlich vermittelte Bereiche aufgelöst.

Einer übergreifenden Medienöffentlichkeit stehen heute urbane Öffentlichkeiten in verschiedenen dezentralen Räumen gegenüber. Zahlreiche unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben ihre je eigenen Öffentlichkeiten entwickelt.

Für die Kulturpolitik entscheidend ist die urbane Öffentlichkeit. Hier ist der Trend zur Vielfalt und Divergenz unübersehbar: Wir haben es mit einem heterogenen Kampf um symbolische Räume zu tun, um einen Kampf, der in Form einer, wie Wolfgang Kaschuba es genannt hat, "Politik der Bilder" geführt wird. Hier geht es, um noch einmal Kaschuba zu zitieren, "um Wahrnehmung und Anerkennung, um Legitimierung und Konkurrenz, um Status und Würde – also in der Tat um eine lokale 'Politik der Identitäten'..."³ Der öffentliche Raum wird zur umkämpften Ressource, in dem Grenzen und Absichten, Strategien und mediale Repräsentationen verschwimmen.

Inhaltlich wird diese fundamentale Unübersichtlichkeit durch ein erhebliches Wachstum und durch die Diversifizierung der kulturellen Angebote bestimmt. Damit einher geht ein zumindest relativer Publikumsverlust: Die Nutzer nehmen in Bezug auf die einzelnen Angebote ab.

Eine Ausprägung dieser wachsenden Heterogenität bedarf besonderer Erwähnung: Die Entstehung kultureller Subkulturen, die vom allgemeinen öffentlichen Diskurs abgekoppelt sind. Was weiß z.B. die Mehrheitsgesellschaft schon von den Entwicklungen und inneren Differenzierungen des Islam? Und wo in der kulturellen Öffentlichkeit wird dieses Thema wirklich ernsthaft diskutiert und schon gar quer zur Trennung von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften.

Eine ganz andere, aber nicht minder wichtige, ja vielleicht sogar entscheidende strukturelle Änderung der kulturellen Öffentlichkeit betrifft die Form, in der Kultur wahrgenommen und rezipiert wird: Hier herrscht, wie vorhin schon angedeutet, ein massiver Wechsel der Perspektive von den Inhalten zur Form vor. Kultur wird zum Event, das sich in der massenhaften Wahrnehmung der Konsumenten manifestiert. Gegenüber dieser Massenhaftigkeit werden die Inhalte fast gleichgültig. In der kulturellen Öffentlichkeit herrscht das Gesetz der Ökonomie der Aufmerksamkeit, wie Georg Franck⁴ es formuliert hat.

In dieser unwiderstehlichen Sogwirkung der Herrschaft der Zahl über die Qualität der Inhalte spiegelt sich ein genereller Trend des Umgangs mit

³ Kaschuba, Wolfgang: Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung, <http://www.tu-cottbus.de/BTU/Fak2/TheoArch/wolke/deu/Themen/031/Kaschuba/kaschuba.htm>.

⁴ FRANCK, Georg: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf. München: Hanser 1998.

Kultur (nicht nur) in unserer Gesellschaft wider: die Zunahme ökonomischer, eher betriebswirtschaftlicher Denkweisen. Das Leben der Kultur scheint sich auch von unten her an die überwältigende Macht des Marktes und seiner Gesetze anzupassen. Sonst würde in der Kulturpolitik nicht immer mehr von Kundenorientierung, Kulturmarketing, intelligentem Sparen usw. gesprochen. Noch können sich avantgardistische Entwicklungen in der Kultur behaupten, aber sie driften in Nischen des Kulturlebens ab und verlieren dadurch einen Gutteil ihres gesellschaftskritischen Impetus.

Dass die neuen Medien diesen Trend verstärken, wenn sie ihn nicht gar hervorgerufen haben, versteht sich von selbst.

Ein ganz anderer Strukturwandel vollzieht sich aber im Verständnis dessen, was als Kultur gelten und zur Bezugsgröße politischen Handelns werden soll. Es ist eine Binsenweisheit, dass der traditionelle Kulturbegriff, der auf reflexive und repräsentative Sinnbildung abzielt, seine Konturen verloren hat. Kultur ist geradezu ubiquitär und damit freilich auch zugleich unterbestimmt und fließend geworden und wird daher auch in höchst unterschiedlicher Weise öffentlich wahrgenommen wird.

Ohne eine eigene vertiefte Debatte darüber, was Kultur heute zur Angelegenheit politischen Handelns macht, wird es einen naturwüchsigen Rückzug auf den engeren, traditionellen Kulturbegriff geben. Es empfiehlt sich, diese Debatte mit einem Verständnis von Kultur zu führen, das an deren Orientierungsfunktion und an ihrer Eigenart als Sinnbildung anknüpft. Wenn nicht mehr alles gefördert werden kann, dann doch wohl nur das, was sich als orientierungsstarke Sinnbildung zivilgesellschaftlichen Lebens im Kampf um die Symbole erweist.

Ohne eine aktive Beteiligung der Kulturwissenschaften wird sich eine solche Debatte kaum überzeugend führen lassen. Lange Zeit wurden Kultur und Kulturwissenschaften als zwei Sachverhalte angesehen, die eher in einem Außenverhältnis stehen. Das ändert sich gerade: Die Kulturwissenschaften selber stehen unter erheblichem Legitimitätsdruck, und dem können sie mit einiger Aussicht auf Erfolg nur dadurch standhalten, wenn sie sich als integraler Teil der Kultur verstehen und präsentieren, den die Gesellschaft zu ihrer geistigen Orientierung braucht. Hier sehe ich eine große Chance der Kulturpolitik. (Und dass ich hier als

Kulturwissenschaftler vor ihnen sprechen darf, ist ja wohl ein deutlicher Beweis dafür, dass an meiner These etwas dran ist).

Die Wissenschaften beziehen sich nicht nur instrumentell und rhetorisch, sondern aus der inneren Logik ihrer Erkenntnisleistungen selber auf die Praxis der Kultur, und sie gewinnen dadurch an kognitiver Bodenhaftung. Sie bieten sich damit der Kulturpolitik geradezu als natürliche Verbündete an.

Die entscheidende Frage, um die es geht, wenn die Folgen des Strukturwandels der kulturellen Öffentlichkeit für die Kulturpolitik in den Blick genommen werden sollen, zielt auf ein prinzipielles Problem: Wofür hat die Kulturpolitik angesichts der skizzierten Wandlungsprozesse einzustehen? Worin besteht ihre Aufgabe, und wie kann sie ihr gerecht werden?

Tendenzen einer neuen Politik der Kultur

Allgemein gesprochen, besteht die Aufgabe der Kulturpolitik darin, die Elemente und Faktoren der geistigen Sinnbildung zu ermöglichen und zu fördern, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft notwendig sind. Kultur wirkt in der Wirtschaft als Wirtschaftskultur, in der Politik als politische Kultur, in der Gesellschaft als Soziokultur – und die Kulturpolitik hat diese wirksamen Ingredienzien im Rahmen ihrer Möglichkeiten so zu fördern, dass die Sinn verbürgenden Fundamentalprinzipien unserer Gesellschaft nicht nur gewahrt bleiben, sondern immer wieder zur Geltung gebracht werden.

Am Anfang steht natürlich die Sicherung der kulturellen Vorgaben, die in die Institutionen und Lebensbezüge unserer Gesellschaft schon eingegangen sind. Hier sind Kultur und Kulturpolitik Pflege der Tradition. Das klingt altmodisch, ist aber gerade angesichts der geschilderten Tendenzen zunehmender Heterogenität, Differenz und Vielfalt des kulturellen Lebens in seiner Bedeutung kaum zu unterschätzen. Wenn Kultur "Kampf um symbolische Räume" ist, dann ist es die Aufgabe des Staates und demzufolge der Kulturpolitik, diesen Kampf sich friedlich vollziehen zu lassen. Die Kulturpolitik muß genau die kulturellen Regulative zur Geltung bringen, die einen *Clash of Civilizations* in ein produktives Verhältnis konkurrierender Diskurse verwandeln. Der demokratische Staat hat ein doppeltes kulturpolitisches Interesse: einmal daran, daß sich die kulturelle Vielfalt seiner Bürger entfaltet. Zugleich aber hat er ein ebenso starkes

Interesse an der Bändigung und ihrer Zivilisierung dieser Vielfalt mit ihren antagonistischen Tendenzen. Zielpunkt dieses Interesses sind die gemeinsamen Prinzipien, die den Kampf regulieren und ihm selber entzogen sind.

Als Beispiel eines solchen zivilgesellschaftlichen Prinzips kultureller Divergenz nenne ich nur das Toleranzgebot. Wir alle wissen, oder sollten zumindest wissen, dass dieses Toleranzgebot – eine große kulturelle Errungenschaft Europas aus dem Blutbad der konfessionellen Bürgerkriege der frühen Neuzeit – zur Regelung des Konfliktes der Kulturen im Innen- und im Außenverhältnis unserer Gesellschaft nicht ausreicht. Es ist das höchste politische Gebot der Stunde, unsere zivilgesellschaftliche Toleranzkultur in eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung von Differenz weiterzuentwickeln. Goethe hat das so formuliert: "Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen." Hier sehe ich eine entscheidende, wenn nicht die entscheidende Maxime kulturpolitischen Handelns heute: auf der Basis des Gleichheitsprinzips kulturelle Differenz im Modus der Wechselseitigkeit anerkennungsfähig zu machen. Das ist das Gegenteil von kulturellem Relativismus, sondern liegt in der Linie einer konsequenten Weiterentwicklung des Toleranzprinzips. Respekt und Anerkennung müssen wechselseitig sein; diese Wechselseitigkeit ist die zivilkulturelle Bedingung dafür, daß Vielfalt und Heterogenität von Kulturen ein Gewinn für alle sind.

Dass und wie sich im Streit um die Symbole die heterogenen zivilgesellschaftlichen Kräfte unserer politischen und kulturellen Öffentlichkeit in einer erfolgreichen Weise bündeln und ihr Kampf um Bedeutung auch zu einem gesamtgesellschaftlich relevanten Ergebnis führen kann, dafür steht die lange Debatte um die Errichtung des Holocaust-Denkmal in Berlin. Die den Deutschen oft abgesprochene und wieder geforderte Streitkultur ist hier der Fall und kann sich grosso modo auch sehen lassen. Nur in der Form der Regulierung solcher zivilgesellschaftlich inspirierten Debatten kann die Tradition gepflegt und zur Geltung gebracht werden, auf der unser Gemeinwesen kulturell aufruhet. Die Errungenschaften kultureller Zivilisierung der ungeselligen Geselligkeit des Menschen (wie Kant es genannt hatte) müssen im Kampf um die Symbole zur Geltung gebracht werden. Tradition ist dann kein fixer symbolischer Tatbestand mehr, sondern ein dynamischer Modus der Gestaltung von Diskursen, die

zukunfts offen sind und die immer neue Initiativen und Ideen zur Geltung kommen lassen. Sie gebiert aus sich selbst Potentiale unabgeleiteter Zukunft, ja utopischer Sehnsüchten und Hoffnung. In dieser Form ließe sich Kultur in der Form einer zukunfts offenen Nachhaltigkeit gegen den Sinnschwund durch die zwangsökonomische Eventkultur zur Geltung bringen.

Dem dient auch die Ausrichtung der Kulturpolitik auf das Thema der Identitätspräsentation. Identität ist keine fixe Größe, die gleichsam unbeschädigt durch die Generationen hindurch transportiert werden muss. Sie ist aber auch keine Zwangsvorstellung sich selbst kolonisierender Lebenswelten. Sie ist vielmehr ein dynamischer Prozess reflexiver Selbstvergewisserung einer Gemeinschaft, die sich der Gemeinsamkeit ihrer Mitglieder in allen Unterschieden heterogener Zugehörigkeiten bewusst ist. Mit diesem Bewußtsein unterscheidet sich eine Gemeinschaft von anderen, und aus diesem Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und Differenz von anderen heraus speist sich die geistige Kraft zukunfts fähiger Gestaltung. Das gilt auch ganz schlicht für die kommunale Ebene kulturpolitischen Handelns. Ich verweise nur auf die enorme Stärkung der regionalen Identität des Ruhrgebiets durch die erfolgreiche Kulturhauptstadtsbewerbung des Ruhrgebiets durch die Stadt Essen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich auf eine sehr abstrakte Argumentationsebene begeben, um eine Perspektive kulturpolitischen Handelns zu entwerfen, die dem generellen Trend der Veränderung der kulturellen Öffentlichkeit entspricht. Das wird die meisten von Ihnen enttäuschen. Aber ich finde, dass nur eine prinzipienfeste Kulturpolitik überzeugungsstark und erfolgreich sein kann. Freilich, die Prinzipien müssen kleingearbeitet werden. Lassen Sie mich abschließend einige Gesichtspunkte einer solchen Konkretisierung aufzählen:

Die Forderung, Kulturpolitik habe sich dem Ziel der Zivilisierung des Kampfes um Symbole zu verschrieben, kann so missverstanden werden, dass sie der Kulturpolitik hoheitliche Gesten zuschreibt. Das Gegenteil ist gemeint: Die Förderung zivilgesellschaftlicher Formen des kulturellen Lebens ist ein Gebot, das aus einem zeitgemäßen Verhältnis von Staat und Kultur geradezu zwingend abgeleitet werden kann. Die Kulturpolitik könnte damit auch in ihren staatlich geregelten Formen auf den verschiedenen Ebenen der Politik produktiv am Entstaatlichungsprozess mitwirken, der ihr

allemaal verordnet ist. Da der Staat alle die Aktivitäten gar nicht mehr vollziehen (sprich: finanzieren) kann, die ein reges kulturelles Leben seiner Bürgerinnen und Bürger ausmacht, kann die Aufgabe der Kulturpolitik nur darin bestehen, die Handlungschancen zu erkennen und nachhaltig zu institutionalisieren, die in der zivilgesellschaftlichen Dimension des kulturellen Lebens selber beschlossen sind.

Ein anderer Gesichtspunkt ist derjenige der kulturellen Nachhaltigkeit. Nachhaltig ist dann eine Kultur, die die Sinnressourcen des menschlichen Lebens nicht leichtfertig verbraucht, wie es ja allenthalben in den Massenmedien und in der Eventkultur geschieht, sondern pflegt, und wir wissen ja alle, dass Kultur 'Pflege' bedeutet. Nachhaltigkeit ist eine innere Qualität kultureller Phänomene. In ihr steckt die ungebrochene Kraft zukunftserschließender Traditionen, und mit ihr ließe sich ein neues Verständnis des Klassischen gewinnen.

Kulturelle Nachhaltigkeit lässt sich aber auch auf das Verhältnis der Generationen anwenden: Im Vordergrund der aktuellen Debatte die Angst der Kulturpolitik vor dem, was sie mit einem unverkennbaren Missvergnügen 'Überalterung' nennt. Da ich selber nicht mehr der Jüngste bin, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass Alter eine Sinnressource für die nachwachsenden Generationen sein kann. Ob das in unserer Kultur schon hinreichend realisiert wurde, glaube ich nicht.

Wir brauchen aber einen anderen Blickwinkel: Es ist ein kulturpolitisches Erfordernis ersten Ranges, die nachwachsende Generation, die Kinder also, kulturfähig zu machen. Hier geschieht nach meinem Eindruck viel zu wenig. Was geschehen könnte, dafür gibt es ein schönes Beispiel. Ich meine das Projekt "Jedem Kind ein Instrument" in meiner Heimatstadt Bochum.⁵ Dort hat die private "Zukunftsstiftung Bildung" die erkleckliche Summe von einer halben Million Euro zur Verfügung gestellt, um möglichst vielen Kindern Gelegenheit zu geben, ein Musikinstrument spielen zu lernen. Inzwischen haben sich 20 von 60 Grundschulen diesem Programm angeschlossen, jedes Jahr kommen 10 weitere hinzu. Bis zum Jahr 2010 sind alle im Programm. Die Kinder des 1. Grundschuljahres erfahren eine musikalische Grundschulung, und im 2. Grundschuljahr bekommen sie ein Instrument zum eigenen Gebrauch zur Verfügung gestellt. Die Resonanz auf diese Aktivität ist enorm, und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, welche

⁵ Vgl. den Bericht in: <http://www.jedem-kind.de/>

Auswirkungen dieses Stück elementarer Kultur im Sozialisationsprozess von Grundschülerinnen und Grundschülern nicht nur für die Entwicklung dieser Menschen im Hinblick auf ihre geistige und seelische Gesundheit, sondern auch für ihre spätere Einstellung zur Kultur hat.

Ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren, die Kultur hat eine dreifache soziale Funktion: Die der Deutung, die der Kritik und die der Utopie. Utopie als ein dem menschlichen Geiste anthropologisch universell einwohnendes Vermögen der Überschwänglichkeit ist der Kultur eingeschrieben. Der Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit, den ich skizziert habe, lässt sich mit guten Gründen als Ende der Utopie charakterisieren, die im kulturpolitischen Aufbruch der 60er und 70er Jahre wirksam war. Aber damit ist nicht gesagt, dass die Kultur ihr utopisches Potential verloren hat und die Kulturpolitik nunmehr zur Vernunft betriebswirtschaftlichen Denkens gebracht werden muss. Im Gegenteil: Die von mir skizzierten Aufgaben der Kulturpolitik in der Zivilisierung des Kampfes um den Raum öffentlicher Symbole, des Streites um historische Identität, des Ringens um eine Kultur der Anerkennung, der Initiierung von Nachhaltigkeit in der Kultur selber – all dies kann nur in Angriff genommen werden und hat nur eine Chance des Gelingens, wenn in diesem Handeln die utopische Qualität der Kultur lebendig ist. Denn schließlich ist auch die Kulturpolitik ein Teil der Kultur, und nicht der schlechteste.

Ich hatte eingangs gesagt, dass die kulturelle Grundnorm unserer Lebensform die Menschenwürde ist, auf die hin die drei Fundamentalprinzipien moderner Gesellschaften westlichen Typs: Freiheit, Gleichheit und Solidarität hin konvergieren. Kulturpolitik setzt diese Grundnorm in ein Handeln um, das unter zunehmend schwieriger werdenden Bedingungen dafür sorgt, dass unserer Gesellschaft nicht der Atem der Humanität ausgeht. Die Luft für diesen Atem wird schlechter: Eine schleichende Naturalisierung unseres Selbstverständnisses als Menschen, eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die Verschwendung lebenswichtiger Sinnressourcen in der Eventkultur und vieles mehr verlangt eine Antwort. Es ist an uns, diese Antwort zu geben, indem wir uns auf den Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit einlassen und in ihr eine Politik der Humanisierung betreiben, für die historisch die hohe Zeit der bürgerlichen Kultur in Deutschland steht. Es

mag im Schiller-Jahr angemessen sein, meine Rede damit zu beschließen, dass ich die Geltungskraft dieses Ursprungs unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts und im Angesicht der Schrecken des 20. Jahrhunderts als Bedingung für unsere eigene Zukunft ansehe. Lassen wir uns gemeinsam von dieser Zukunft unserer Vergangenheit inspirieren, damit wir dann nüchtern und pragmatisch ans schwierige Tagewerk unserer Arbeit in und an der Kultur gehen können.